

Inhalt

Es läuft VERKEHR(t) in Sachsen	1
Neuer Internetauftritt der Fraktion	
Editorial	2
Tierfabriken in Sachsen	3
5. Sächsischer Klimakongress	4/5
Staatsmodernisierung à la CDU/FDP	6
„Black Box“ Unterrichtsausfall	
Kreative in der Stadt – Netzwerktreffen Kultur- und Kreativwirtschaft	7
Modellprojekt – Verbesserung des touristischen Wegenetzes in Sachsen	
Zwickauer Terrorzelle – Versäumnisse sächsischer Behörden aufklären	
Termine	8
Grüne Spitzen	
Veranstaltungsrückblick – „Mehr Gewicht für Kinderechte“	
Impressum	

Es läuft VERKEHR(t) in Sachsen

„Sparen, sparen, sparen“, lautet überall die Devise. In Sachsens Landeshaushalt fiel diesem Diktat der Sozialbereich zum Opfer, es fehlt an Geld für Personal an Hochschulen, Schulen und Kitas, Schulhausbau und Kitausbau. Nur in einem Bereich geht auf wundersame Weise nie das Geld aus: im Neubau von Straßen.

Dabei ist es nicht so, dass die Schäden vom letzten Winter in den Gemeinden verschwunden wären. Klagen über zu wenig Geld für den Erhalt vernimmt man allerorten. Trotzdem gehen die Planungen für Neubauten munter weiter. Auf welchen Zahlen sie beruhen, kann kaum jemand nachvollziehen, da die Staatsregierung trotz Pflicht zur öffentlichen Diskussion ein großes Geheimnis um die Grundlage ihrer Verkehrsprognosen macht. Nur so viel ist bekannt: Sachsens Straßen werden derzeit nach Annahmen von Anfang der 90er Jahre geplant. Damals ging man von einem flächen-deckenden Bevölkerungswachstum aus. Diese Pro-

gnosen sind bekanntermaßen überholt, was die Staatsregierung jedoch gekonnt ignoriert.

Jüngstes Beispiel: In den nächsten drei Jahren wird Sachsen allein 350 Millionen Euro aus dem europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in den Neubau von Staatsstraßen investieren. Nach Bauende werden, siehe oben, auf diesen Bundes- und Staatsstraßen nur die Hälfte der prognostizierten Fahrzeuge unterwegs sein.

Die Straßeninfrastruktur in Sachsen hat mit zirka 13.600 km überörtlicher Straßen eine Pro-Kopf-Netzdichte erreicht, die knapp 30 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die Unterhaltung neuer Straßen ist schlicht nicht finanzierbar.

Wir brauchen daher endlich eine verantwortungsbewusste Investitionspolitik. In dem aktuellen Antrag „Sächsische Verkehrsplanung umweltfreundlich gestalten“ fordert die GRÜNE-Fraktion die Veröffentlichung der aktuellen Verkehrsprognosen.



Neuer Internetauftritt der Fraktion

In neuem Gewand, mit mehr Informationen und Interaktionsmöglichkeiten präsentiert sich der neue Internetauftritt der GRÜNEN-Fraktion. Die übersichtlichere Menüstruktur bietet mehr Benutzerfreundlichkeit. Mit einer online verfassten Kleinen Anfrage können Bürgerinnen und Bürger Fragen an die Staatsregierung richten, die ein

Problem vor Ort zu verantworten hat, sich aber wegduckt.

Schauen Sie vorbei:

www.gruene-fraktion-sachsen.de





Foto: Simanowski

Liebe Leserin, lieber Leser,

Unser Ministerpräsident, der Tausendfüßler. Wenn ihm aufgrund schlechter Nachrichten mal ein, zwei, drei Beine wegnicken, läuft er auf den übrigen weiter lächelnd durchs Land. Zugegeben, ein Interview in einer Zeitung, wie jüngst das Jahresresümee in der Morgenpost (woher auch der Tausendfüßlervergleich stammt), lässt wenig Raum für die Entwicklung komplexer Zukunftskonzepte. Aber wenn die Antworten so dünn sind und sich am Ende wie immer auf ein Lob des Sachsen an und für sich beschränken, fragt man sich, wo Stanislaw Tillich eigentlich lebt.

Die CDU Sachsen hatte Regionalkonferenzen zu sämtlichen gesellschaftlich relevanten Themen – hat der MP da immer gefehlt, konnte niemand für ihn mitschreiben? Thema Rechtsextremismus und die Zwickauer Terrorzelle. Tillichs Konzept: NPD verbieten, Sachsen ist da seiner Meinung nach mit dem Verbot von Sturm 34 und der SSS eine Art Vorreiter. Kein Wort darüber, dass Sachsen offenbar ein idealer Wohnort für Rechtsextremisten war, die von hier aus dank vieler Unterstützer und wenig Druck durch staatliche Behörden Morde, Bom-

benanschläge und Banküberfälle in ganz Deutschland verüben konnten. Aber die vielen ausländischen Facharbeiter, die Tillich laut Interview anwerben will, kommen bestimmt trotzdem gerne.

Thema Verkehr: Tillichs zukunftsweisende Idee lautet: Individualverkehr und Mehrgenerationenbusse als neue Art des ÖPNV, weil der alte zu Tode gespart wurde. Irre. Wer sich substantiell dazu Gedanken machen will, sei auf den Aufmacher der aktuellen saxGRÜN verwiesen. Ich erspare mir und Ihnen an dieser Stelle weitere Beispiele für Realitätsverlust und verweise auf unsere Anregungen für politische Veränderungen z.B. auf dem 5. Sächsischen Klimakongress, auf dem es konkrete Handlungsvorschläge gab. Oder bei der Landwirtschaft, wo wir das Ende der Subvention von Massentierhaltung fordern, weil sie ländliche Regionen zerstört. Wenn sie statt der Mastgans zum Bio-Braten greifen, können Sie übrigens sofort einen Beitrag dazu leisten.

Anne Vetter, Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

Es läuft VERKEHR(t) in Sachsen

Die Kommunen müssen wissen, wie hoch für sie die Folgekosten eines Straßenneubaus sind.

Erfahrungsgemäß bleibt bei Sachsens Auto-Verkehrsminister Sven Morlok (FDP) der öffentliche Verkehr mit massiven Mittelkürzungen auf der Strecke. Die GRÜNE-Fraktion setzt sich hingegen seit Jahren für die Einführung eines Integralen Taktverkehrs und damit einer größeren Attraktivität des Öffentlichen Verkehrs ein. Der von ihr dazu erstellte Masterplan SACHSENTAKT 21 wird jetzt aktualisiert. Die Grundaussage bleibt die gleiche: Es ist notwendig, die Verzahnung der Verkehrsarten zu fördern und die Nachteile des Zweckverbandssystems mit seinen verschiedenen Tarifen und Angebotslücken zu beseitigen. In einem nächsten Schritt will sich die GRÜNE-Fraktion mit der Organisation des ÖPNV auseinandersetzen und Änderungen zum Nahverkehrsgesetz vorlegen.

Eine weitere Großbaustelle ist der Radverkehr. Obwohl dieser landesweit boomt und sich Dresden sogar mit dem Titel „Fahrradaktivste Stadt“ des bundesweiten Wettbewerbs „Stadtradeln“ schmücken kann, wird er von der Staatsregierung sträf-

lich vernachlässigt. In einem umfassenden Antrag zur Förderung des Radverkehrs fordern wir u.a. eine angemessene finanzielle Ausstattung dieser Verkehrsform. Mit einem anderen Antrag setzen wir uns für den Bau von Radabstellanlagen an den landeseigenen Verwaltungsgebäuden ein. Leider haben CDU und FDP gerade beschlossen, dass in sächsischen Kommunen im Zuge der Errichtung neuer Häuser keine Fahrradplätze mehr eingerichtet werden müssen.

Wie vernagelt Sachsens Regierung beim Thema Verkehr ist, zeigt nicht zuletzt die bis Anfang des Monats aufrecht erhaltene Weigerung, den knapp 80.000 Landesbediensteten die Nutzung von Modellen wie Jobticket und Carsharing zu ermöglichen – übrigens im Gegensatz zu etlichen Kommunen und Firmen. Nachdem sich das Finanzministerium quer gestellt hatte, übernimmt nun – oh, Zeichen und Wunder – das Wirtschaftsministerium die Anschubfinanzierung für 2012. Beim Carsharing lässt der Entwicklungssprung hingegen noch auf sich warten: vom Umweltminister ausgezeichnet, will es der Verkehrsminister seinen Landesbediensteten nicht zumuten. Auf eine kleine Anfrage der GRÜNEN erklärte Sven Morlok: „Die Fahrzeugpalette der Carsharing-Anbieter ist in der Regel nicht für

den Transport mehrerer Bediensteter sowie deren mitgeführter Arbeitsunterlagen auf größeren Strecken geeignet.“

Sparen ist eben doch etwas für andere: Jedem sein Auto und am besten seine eigene freie Straße. Die teure Quittung wird die jetzige Staatsregierung nicht mehr begleichen müssen.

Weiterführende Links

Antrag „Sächsische Verkehrsplanung umweltfreundlich gestalten und Öffentlichkeit beteiligen – Kostenwahrheit herstellen“ (Drs. 5/6862):

➔ www.mobiles-sachsen.de/ec1efa51.I

Masterplan SACHSENTAKT 21:

➔ www.mobiles-sachsen.de/c324789a.I

Antrag zur Förderung des Radverkehrs in Sachsen (Drs. 5/7601):

➔ www.mobiles-sachsen.de/a625c551.I

Novellierung der Sächsischen Bauordnung (Drs. 5/6992):

➔ www.mobiles-sachsen.de/5b257dd6.I

Antrag Jobtickets (Drs. 5/6321):

➔ www.mobiles-sachsen.de/e327e560.I

Antrag Carsharing (Drs. 5/6895):

➔ www.mobiles-sachsen.de/12276aea.I

Tierfabriken in Sachsen – Regionale bäuerliche Landwirtschaft vor dem Aus?

Die industrielle Massentierhaltung hat sich zu einem System entwickelt, in dem Tiere den Bedürfnissen der Industrie angepasst werden. Immer mehr von ihnen konzentrieren sich an immer weniger Standorten. Zum Teil ohne Betäubung, werden Schnäbel, Schwänze, Hörner und Geschlechtsteile abgetrennt und Zähne abgeschliffen.

Bäuerliche Landwirtschaft und Regionalität bleiben auf der Strecke. Sachsen ist dank der verfehlten Landwirtschaftspolitik der Staatsregierung Vorreiter der industriellen Tierhaltung. In den Jahren 2008/09 flossen in Sachsen Subventionen in Höhe von rund 44 Millionen Euro in den Bau neuer Geflügel- und Schweinemastanlagen – trauriger Rekord in Deutschland.

Doch die Bevölkerung wehrt sich. Aufgrund ihrer enormen Größe und der Belastungen werden die Anlagen vor Ort verstärkt abgelehnt. Denn für die Menschen kann die industrielle Massentierhaltung schwere Beeinträchtigungen bringen. Der Betrieb von Tierfabriken ist grundsätzlich mit Geräusch-, Geruchs-, Staub- und Ammoniakbelastungen verbunden, die zu starken Luftverunreinigungen führen. Durch den notwendigen Austausch der Stallluft kommt es zu einer Verbreitung von Bioaerosolen, die Atemwegserkrankungen und Allergien hervorrufen können. Die GRÜNE-Fraktion

fordert daher in einem ersten Schritt Keimverbreitungsgutachten vor der Neuerrichtung von großen Tierhaltungsanlagen. Auch Bestandsanlagen müssen geprüft und, wo nötig, zur Nachrüstung von Filteranlagen verpflichtet werden.

Ebenso notwendig ist die Umsetzung von § 17 der Sächsischen Bauordnung. Dort ist vorgeschrieben, dass bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren möglich sein muss. Bauherren sollen in Zukunft nachweisen, dass ihren Anlagen dementsprechend konzipiert wurden.

Da die Landwirtschaft großzügig mit Steuern subventioniert wird, fordern immer mehr Steuerzahler, die die Folgen industrieller Tierhaltung nicht länger tolerieren wollen, eine tiergerechte und umweltverträgliche Landwirtschaft. Die GRÜNE-Fraktion unterstützt diese Bestrebungen. Neben etlichen Veranstaltungen vor Ort haben wir in einem Antrag die Staatsregierung aufgefordert, die pauschale Förderung der Massentierhaltung zugunsten einer an ökologischen und tierschutzgerechten Kriterien orientierten Förderung umzubauen. Zentrale Forderung ist die konsequente Einhaltung einer bäuerlich-bodengebundenen Tierhaltung. Nur sie schafft dringend benötigte Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Industrielle Großbetriebe dagegen,

in denen bspw. 11.000 Schweine von zwei Arbeitskräften versorgt werden, lassen die Dörfer ausbluten.

Der grüne Antrag wurde zwar mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Dennoch sind wir nicht machtlos. Als Verbraucher entscheiden wir mit unserem Kaufverhalten, welche Art Fleisch produziert werden wird. Wer statt zum Masthähnchen aus quälerischer Massentierhaltung zu ökologisch erzeugten Produkten greift, setzt ein wirkungsvolles Zeichen. Aber auch als engagierte Bürgerinnen und Bürger haben wir Macht. So zwang der Protest einer Bürgerinitiative in Nordsachsen gegen eine geplante Hühneraufzuchtanlage die Firma zur Suche nach einem anderen Standort.

Weiterführende Links

Der Antrag „Kein Platz für Tierfabriken in Sachsen“ (Drs. 5/7082):

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/e71e4a51

Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“:

➔ www.meine-landwirtschaft.de

„Wir haben es satt!“ – Demo am 21.1.2012:

➔ www.wir-haben-es-satt.de



„Klimawandel übertrifft alle Prognosen“

Während in Südafrika die Staatenlenker der Welt auf der UN-Weltklimakonferenz versuchten, ein neues weltweites Klimaabkommen zu beschließen, tagten in Sachsen engagierte Klimaschützer auf dem 5. Sächsischen Klimakongress der GRÜNEN-Fraktion, um lokal etwas gegen die fortschreitende Erderwärmung zu tun.

5. Sächsischer Klimakongress in Dresden: Klimaschutz – Chancen für Sachsen

„Der Klimawandel übertrifft alle Prognosen.“ Diese Feststellung von Wilfried Küchler, Eröffnungsreferent des 5. Sächsischen Klimakongresses und Klimaforscher am Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, ließ niemanden im Saal kalt.

„Wir in Sachsen beobachten schon jetzt Veränderungen, die erst für die Mitte des Jahrhunderts erwartet wurden. Und das alles nur bei einer globalen Temperaturerhöhung von 0,8 Grad Celsius“, stellte er die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel vor. „Momentan kann sich niemand ausmalen, was bei einer Temperaturerhöhung von zwei bis sechs Grad Celsius in nur 100 Jahren passieren wird,“ so die ehrliche Aussage Küchlers. Auch die CO₂-Emissionen sind höher als sämtliche „worst-case-Modelle“ der Wissenschaftler.

Der Diplom-Meteorologe warnt davor, trotz dieser Erkenntnisse jetzt zu resignieren: „Wenige haben oftmals viel bewegt, das ist auch heute möglich. Wir können zwar mittlerweile viele Entwicklungen durch den Klimawandel nicht mehr abwenden. Aber wenn wir jetzt handeln und unsere ganze Kraft investieren, können wir Geschwindigkeit und Ausmaß begrenzen.“

Deshalb wurden in den sieben Fachforen unter dem Motto „Klimaschutz – Chancen für Sachsen“ konkrete Handlungsoptionen vorgestellt. Themen wie Mobilität der Bürgerinnen und Bürger sowie Güterverkehr in Zeiten der Energieverknappung, sozialökologische Alternativen zum Wirtschaftswachstum, Wertschöpfung in den Kommunen und die Möglichkeiten des naturverträglichen Windenergieausbaus boten spannenden Stoff für Kontroversen. Mehr als 230 Teilnehmer nutzten

Nach Auswertung der Statistiken war das vergangene Jahrzehnt regional und global mit Abstand das wärmste, das jemals gemessen wurde. Die Folge ist, dass bereits heute Entwicklungen eingetreten sind, die in dieser Geschwindigkeit nicht vorhersehbar waren. Dazu gehört das Schmelzen des arktischen Eises, aber auch der regionale Temperaturanstieg.

Alles zum Klimakongress unter

➔ www.wir-sind-klima.de/klimakongress-2011.html

die Gelegenheit, mit anderen Wissenschaftlern, Unternehmern

und interessierten Bürgern intensiv zu diskutieren.

Mit Gitarre und unkonventionellen Ideen lieferte Martin Unfried, preisgekrönter Kolumnist (utopia, Fairkehr u. a.) und Wissenschaftler (EIPOS Maastricht), einen unterhaltsamen aber auch nachdenklichen Ausklang. Er riet engagierten Klimaschützern, die emotionale Dimension des notwendigen gesellschaftlichen Wandels nicht zu vergessen.

Studie Repowering: Windenergie hat viel Potenzial in Sachsen

Aufgrund verfehlter Landespolitik stockt derzeit der Ausbau der Windenergie in Sachsen. Dabei hat sie laut einer von der GRÜNEN-Fraktion in Auftrag gegebenen Studie kein geringeres Potenzial als in anderen Bundesländern. Bis 2020 könnten bereits 30 bis 35 Prozent des sächsischen Stromverbrauches aus Windenergie gespeist werden, wenn an den richtigen Stellen investiert und ausgebaut wird.

Bedingung wäre, dass innerhalb des kommenden Jahres im Landesentwicklungsplan sowie in den Regionalplänen, das Ausbauziel von Windenergie von 17 (Entwurf Klima- und Energieprogramm der Staatsregierung 2011) auf 30 Prozent im Jahr 2020 angehoben und windhöfliche Vorrang- bzw. Eignungsgebiete ausgewiesen werden.

Zum anderen ist der Bau sowie die Modernisierung von Anlagen notwendig. Dafür müssten die generellen Höhenbeschränkungen fallen. Entgegen vorhandener Befürchtungen droht bei diesem Vorgehen keine „Verspargelung“ der Landschaft, da laut Studie schon unter heutigen technologischen Bedingungen 0,74 Prozent der Landesfläche für einen Windstromanteil von bis zu 32 Prozent ausreichen würden. Konkret heißt das, dass 200 zusätzliche Windenergieanlagen errichtet werden. Die übrige Stromproduktion könnte durch Repowering, den Austausch leistungsschwacher gegen moderne Anlagen, erreicht werden. Um den Repowering-Prozess zu koordinieren, wäre die Schaffung einer neutralen Stelle, einer Art Windagentur notwendig.

Selbst bei einem weiteren Ausbau der Windenergie auf 50 Prozent müssten nur 1,5 Prozent der Landesfläche mit Windanlagen bestückt werden. Dies ergab die Fraunhofer-IWES-Studie 2011. 98,5 Prozent blieben frei, darunter auch Naturschutzgebiete. Für eine größere Akzeptanz der Windenergie schlägt die Studie der GRÜNEN-Fraktion die Erstellung einer Liste mit landschaftsprägenden Bergen und Kuppen vor, die nicht mit Windmühlen bestückt werden sollten.

Erarbeitet wurde die Studie von der Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien in Sachsen (VEE). Die naturschutzfachliche Arbeit leistete das Landschaftsplanungsbüro MILAN (Halle), der planungsrechtliche Part wurde von Prof. Martin Maslaton übernommen.

Studie

➔ www.wir-sind-klima.de

Glosse: Macht's nach, macht's sächsisch: Steigerung bei Klimaschutz um 900 Prozent!

Die GRÜNE-Fraktion denkt viel über den Ausbau Erneuerbarer Energien nach, aber bei den Vorschlägen der Staatsregierung kann sie nur erbleichen. Das Ende Oktober vorgestellte Klima- und Energieprogramm der CDU/FDP-Koalition ist bahnbrechend. „Umweltverträglichkeit“ gehört zu den neuen Lieblingen – sieben Mal erscheint das Wort auf 73 Seiten. Noch beliebter sind nur „nachhaltig“ – 37 Nennungen – und: tata: „Klimaschutz“. Hier gab es den ganz großen Sprung nach vorn. Während es im letzten Energieprogramm schlappe fünf Mal auftauchte, kam es jetzt auf 54 Wiederholungen. Welch' revolutionärer Fortschritt. Mehr als 900 Prozent in nur sieben Jahren. Da können sich die internationalen Klimakonferenzen von Rio bis Durban eine Scheibe abschneiden.

Und es wird noch besser: „Die Nutzung der energetischen Ressourcen hat so zu erfolgen, dass eine irreversible Schädigung von Natur und Umwelt vermieden wird“, heißt es im Konzept der Staatsregierung. Deshalb wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien ab jetzt energisch vorangetrieben. Schon 2020 soll das arme, kleine Entwicklungsland Sachsen die gigantische Menge von 7.300 Gigawattstunden Strom aus Wind, Sonne, Biomasse und Wasser erzeugen. Damit erreichen wir schon in neun Jahren das Niveau der Wirtschaftsmächte Brandenburg und Sachsen-Anhalt anno 2009. Welch' Entschlossenheit!

Und sogar unsere geliebte heimische Braunkohle hat da noch eine große, klimafreundliche Zukunft. „Das Ziel der

Sächsischen Staatsregierung, die Treibhausgase zu mindern, betrifft nicht den Emissionshandelssektor, der die energieintensiven Industrien und die Energiewirtschaft umfasst.“ Nein, denn in Sachsen finden wir uns nicht mit Kleinkram ab, wir setzen auf Großprojekte. CCS heißt unsere Wunderwaffe. Schließlich haben wir das Ingenieur-Gen!

Schnurzipiegegal, dass dieser Energieweg Vattenfall jetzt das Demonstrationskraftwerk in Jämschwalde eingestampft hat. Wozu ist unser Ministerpräsident so viel in der Welt unterwegs? Er verkauft den Dreck einfach als Rohstoff an die Araber. Was für ein Geschäftsmann.

Jawohl, wir sind eben Klima, äh prima!

Kostet Treibstoff bald 2,50 Euro? Eine Studie zu Peak Oil

Als die Treibstoffpreise vor Jahren in die Höhe schossen, war „Peak Oil“ in aller Munde. Doch mit der Gewöhnung an die Preise geriet dieses Phänomen, das den Höhepunkt der globalen Erdölförderung beschreibt, so langsam in Vergessenheit. Zu Unrecht, wie eine von der GRÜNEN-Fraktion im Oktober vorgestellte Studie ergab.

Im Auftrag der Fraktion sollte zunächst untersucht werden, ob und wenn ja, wie gut Sachsen auf den Peak Oil vorbereitet ist. Denn die Folgen von Peak Oil sind für alle spürbar: eine Verknappung des Rohstoffs bedeutet stark steigende Ölpreise – mit erheblichen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft. Doch der Freistaat ist auch hier kein Vorreiter und auf das Problem überhaupt nicht vorbereitet. Weder bei der Landesregierung noch bei Unternehmen und Verbänden ist überhaupt ein Be-

wusstsein für Peak Oil vorhanden. Es fehlen wichtige Daten und damit auch Strategien, von einem angemessenen Risikomanagement ganz zu schweigen.

Laut Studie wird erwartet, dass bereits im Jahr 2016 ein Ölpreis von 200 US Dollar denkbar ist. Dies bedeutet, dass hierzulande der Preis für Benzin bis zu 2,77 Euro, für Diesel bis zu 2,62 Euro und für Heizöl bis zu 2,06 Euro betragen kann. Angesichts der Tatsache,

dass nur noch 44 Prozent der Sachsen nicht als Pendler gelten und die sächsische Wirtschaft stark von Export und langen Transportwegen abhängig ist, werden solche Preise enorme Auswirkungen haben. Dies betrifft die Finanzlage der Unternehmen, die Kreditvergabe der Banken und die einzelnen Haushaltseinkommen. Rückkopplungseffekte können zu Wirtschaftskrisen führen. Die Elektromobilität, auf die in Sachsen große Hoffnungen gesetzt werden, ist bei weitem nicht so entwickelt, dass sie das bisherige Mobilitätsniveau ansatzweise

ersetzen kann. Zum 1. Januar 2010 gab es in Sachsen nur 51 reine Elektro-PKW und auch die 1.733 Hybrid-PKW sind angesichts von 2,4 Millionen Autos nur ein winziger Anteil. Auch im Gütertransport rechnen die Unternehmen nicht mit einem nennenswerten Anteil der E-Mobilität. Bislang gibt es deutschlandweit keinen LKW auf Elektrobasis mit mehr als 6 Tonnen Nutzlast. Gerade für diese Branchen stellen hohe Kraftstoffkosten ein großes Risiko dar. Das gilt auch für die sächsischen Flughäfen, den Tourismus und die Automobilzulieferer.

An dieser Stelle hört das Problem jedoch nicht auf: 90 Prozent aller industriell hergestellten Produkte basieren auf der Verfügbarkeit von Erdöl. Das Ölfördermaximum erfordert also schnelles Handeln. Die GRÜNE-Fraktion möchte in Veranstaltungen ein Bewusstsein für das Problem schaffen und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Unternehmen nach intelligenten Antworten suchen.

Weiterführende Links

Die Studie:

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/4f232f80.1

Eckpunktepapier:

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/d424ec70.1

Hintergrundinformationen:

➔ www.peak-oil.com



Staatsmodernisierung á la CDU/FDP: Wahlkreisproporz statt effiziente Verwaltung

Bürgerrechte, Demokratie, transparentes und effizientes Verwaltungshandeln – das sind Maßstäbe der GRÜNEN-Fraktion für eine Staatsmodernisierung. In der sogenannten Staatsmodernisierung von CDU und FDP geht es hingegen nur um Personaleinsparung und Zentralisierung. Schon bei den Sachkosten wird unkritisch geklotzt – ein Armutszeugnis in Zeiten knapper werdender Kassen.

Die Standorte von Amtsgerichten, Finanzämtern und Polizeirevieren sollen stark verringert werden, die drei Landesdirektionen zu einer Superbehörde mit Sitz in Chemnitz fusionieren. Weiteren Behörden wie dem Sächsischen Rechnungshof und der Sächsischen Aufbaubank drohen unsinnige Umzüge.

Durch die Antworten auf unsere Große Anfrage zum Standortkonzept und etliche von uns initiierte Anhörungen wurde deutlich: Die Folgekosten werden systematisch schön-gerechnet. Hier liegen wir auf einer Linie mit dem Sächsischem Steuerzahlerbund und dem Landesrechnungshof. Sie kritisieren, dass das Standortkonzept nicht auf Wirtschaftlichkeit geprüft wird, sondern hauptsächlich der Wahlkreisarithmetik von CDU und FDP folgt. Offenbar braucht man einen Scheinausgleich

für den Verlust bürgernaher Verwaltung durch die Kreisreform 2008.

Obwohl beispielsweise der erst erfolgte Umbau des Finanzamtes Löbau 2,1 Millionen Euro gekostet hat, soll es geschlossen werden. Das Finanzamt Görlitz braucht nun einen Erweiterungsbau – Kosten unbekannt. Weitere Folgen, gerade bei der Schließung von Gerichtsstandorten etwa für den Schutz der sorbischen Sprache und für das Betreuungswesen, wurden nicht berücksichtigt.

Nach Auffassung der Minister Jürgen Martens (FDP) und Georg Unland (CDU) sollen für die Standorte entgegen sonstiger Gepflogenheiten nicht die Kosten entscheidend sein, sondern „andere strategische Überlegungen“. Konkrete Zahlen gibt es erst bei der Haushaltsplanung, wenn nichts mehr zu ändern ist.

Ungelöst bleiben grundsätzliche Probleme: Wie soll der gleichbleibende Aufgabenanfall mit deutlich weniger Personal bewältigt werden? Werden wir in 20 Jahren überhaupt noch ausreichend qualifiziertes Personal in den Behörden haben, wenn in den nächsten zehn Jahren keine nennenswerten Neueinstellungen mehr erfolgen? Wir meinen, dass der Freistaat gerade bei

den Sachkosten von Energie- bis Um- und Neubaukosten sparsam sein sollte, um noch genügend gutes Personal beschäftigen zu können.



Weiterführende Links

Das Eckpunktepapier der Großen Anfrage der GRÜNEN-Fraktion:

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/eckpunktepapiere/EP_GrA_Standortkonzept_21-07-2011.pdf

Die Große Anfrage (Drs. 5/5648):

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Grosse_Anfragen/GA_Standort_Gesamt.pdf

„Black Box“ Unterrichtsausfall

Für das sächsische Kultusministerium ist klar: der Kälteeinbruch im Dezember 2010 ist Schuld am massiven Unterrichtsausfall im letzten Schuljahr. Dass sich Minister Roland Wöller (CDU) damit in die Tasche lügt, zeigen die Antworten auf 18 kleine Landtagsanfragen. Beim Auswerten wurde schnell klar, der beginnende Lehrermangel ist die Hauptursache für den Unterrichtsausfall.

Im vergangenen Schuljahr musste an den sächsischen Gymnasien und Mittelschulen jede zehnte Unterrichtsstunde vertreten werden bzw. fiel ganz aus. Während es an den Gymnasien aufgrund



der großen Kollegien gelang, den nicht planmäßig stattfindenden Unterricht zum großen Teil fachgerecht zu vertreten, fiel an den Mittelschulen vor allem in Chemie, Ethik, Gemeinschaftskunde, Musik, Sport, WTH und zweiter Fremdsprache über die Hälfte der Stunden aus, wenn die entsprechende Lehrkraft fehlte.

Erschreckend hoch war der Unterrichtsausfall an den Förder-schulen. Hier wurde schon am Schuljahresanfang der Mangel geplant. Auch die Grund-schulen hatten zu kämpfen.

Während die Fächer Mathe, Deutsch und Sachkunde fast zu hundert Prozent fachgerecht vertreten wurden, gab es in Englisch, Ethik, Kunst,

Musik und Werken in 50 Prozent der Fälle keinen Unterricht, wenn der Fachlehrer nicht anwesend war.

Darüber hinaus sind die Regelungen zum Umgang mit Unterrichtsausfall an den Schulen höchst zweifelhaft. So gibt es keine Vorgaben zum maximalen Umfang von Unterrichtsausfall pro Klasse und Fach. Klassen können unbegrenzt zusammengelegt werden. Ebenso gilt Stillbeschäftigung als vertretenen Unterricht. Der Ausfall von Förderunterricht oder Integrationsstunden für Kinder mit Behinderung wird gar nicht erfasst. Die Fraktion wird einen Antrag einbringen, um diese Regelungen zu ändern.

Detaillierte Informationen

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/politikfelder/bildung/unterrichtsausfall.html

Kreative in der Stadt – Netzwerk- treffen Kultur- und Kreativwirtschaft

Um die wirtschaftlichen und kulturellen Potenziale sowie die Arbeitsbedingungen der Akteure in den Branchen Musik, bildende und darstellende Künste, Medien, Software und Games, Design, Architektur sowie dem Werbe- und Buchmarkt ging es auf den Netzwerktreffen im Oktober und November 2011 in Dresden und Leipzig. Kreative und Kulturschaffende, Initiativen und Vertreter aus Verwaltung und Politik diskutierten Problemlagen, Handlungsmöglichkeiten und politische Forderungen.

In Vorträgen und Workshops beschäftigten sich die Teilnehmer u. a. mit Existenzgründung und Mikrokrediten, Künstlermessen und Arbeitsorten für Kreative, Beratungsangeboten zu betriebswirtschaftlichen, rechtlichen und Vermarktungsfragen. In Dresden stand vor allem im Mittelpunkt, wie sich die Kreativszene zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenfinden kann und welche Strukturen seitens der Stadt dafür aufgebaut werden müssten. In Leipzig, wo die Organisation der Akteure und die

Unterstützungsangebote der Stadt bereits auf einem guten Weg sind, wurden unter anderem auch die unterschiedlichen städtebaulichen Bedingungen verschiedener Stadtteile für kreative Unternehmungen diskutiert.

Mit den Ergebnissen der Netzwerktreffen sollen Kulturschaffende und Kreative, bestehende Verbandsstrukturen, Verwaltung und Politik weiter arbeiten. Von der Sächsischen Staatsregierung wird die Branche bislang viel zu wenig wahrgenommen. Unsere Forderungen zur Unterstützung der Kulturschaffenden und Kreativen haben wir in Form eines Antrags in den Landtag eingebracht.

Weiterführende Links

„Kultur- und Kreativwirtschaft in Sachsen bessere Chancen eröffnen“ (Drs. 5/5923):

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/e91e9251.l

Ergebnisse der Netzwerktreffen unter:

➔ <http://kreative-in-der-stadt.mixxt.de>

„Damit der Gast nicht auf der Strecke bleibt“ – Verbesserung des touristischen Wegenetzes in Sachsen

Das Projekt von GRÜNER-Fraktion und Landestourismusverband Sachsen (LTV) zur Verbesserung der touristischen Wege nimmt konkrete Formen an. Ende August hatten GRÜNE-Fraktion und LTV nach einer Modellregion gesucht, um am praktischen Beispiel Schwächen und Optimierungspotenziale im sächsischen Wegenetz zu analysieren.

Die Resonanz war hoch. Von 16 Regionen, die sich beworben haben, hatte Eibenstock im Erzgebirge das beste Konzept. Die Region konnte viele Unterstützer und konkrete Ziele benennen und ihren tatsächlichen Bedarf beim Wegenetzausbau nachweisen.

Uwe Staab, Bürgermeister der Stadt Eibenstock, ist erfreut über die Wahl: „Die touristischen Wege sind das wichtigste Element der Basisinfrastruktur für Aktivangebote und Erlebnisse in der Natur. Umso mehr hoffe ich auf konkrete Empfehlungen und Hilfestellungen zur Verbesserungen unseres Wegesystems und unserer Wegearbeit.“

Rund um Eibenstock gibt es 180 km Wanderwege und 55 km Skiloipen. Mit der



Foto: Christian Heindel/Reck.com

geplanten Erweiterung des Muldentalradweges, der starken Mehrfachnutzung der touristischen Wege und vorhandenen Konfliktbereichen in den Schutzgebieten gibt es zentrale Ansätze für die Arbeit in der Modellregion.

Im kommenden Frühjahr soll die Arbeit am Modellprojekt in einer Konferenz beispielhaft für andere Regionen ausgewertet werden.

Terrorzelle Zwickau: Behördenversagen aufklären

Die Aufdeckung einer rechtsextremen Terrorzelle mit dem Namen „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) in Zwickau, die offenbar für mindestens zehn Morde, Bombenanschläge und Banküberfälle quer durch Deutschland verantwortlich ist, hat unser Land aufgeschreckt.

Die Taten machen betroffen und unsere Gedanken gelten den Angehörigen der Opfer, die jahrelang mit der Unterstellung leben mussten, die Morde könnten im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität oder Auseinandersetzungen innerhalb migrantischer Gemeinschaften stehen.

Die unaufgeklärte Mord- und Anschlagsserie markiert ein schwerwiegendes Versagen der Strafverfolgungsbehörden sowie des Verfassungsschutzes. Das ebenso lange unbehelligt gebliebene Unterstützer-Umfeld muss schleunigst enttarnt und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die GRÜNE-Fraktion will sich nicht mit einer Aufarbeitung hinter verschlossenen Türen abfinden und dafür alle parlamentarischen Mittel, einschließlich der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, ausschöpfen. Derzeit wird im Innen- und Rechtsausschuss dazu der grüne Antrag „Erkenntnisse und Versäumnisse von Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft“ beraten.

Ein großes Problem ist das Agieren der Staatsregierung. Sie darf nicht weiter so tun, als ob es sie nichts angehe, wenn über Jahre eine bundesweit mordende Gruppe samt Unterstützerumfeld in Sachsen untertauchen konnte. Die Forderung nach einem NPD-Verbot löst nicht das generell zugrunde liegende Problem weit verbreiteter Ausländerfeindlichkeit in Sachsen.

Antrag

„Erkenntnisse und Versäumnisse von Polizei, Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaft bezüglich der ‚Zwickauer Terrorzelle‘ aufklären – rechtsextremistische Straftaten wirksam verhindern!“ (Drs. 5/7489):

➔ www.gruene-fraktion-sachsen.de/7223fcae.l

Termine

14. Januar 11–13 Uhr

Klimakonferenz Durban – wie weiter mit dem Klimaschutz in Sachsen?

Vortrag mit Diskussion
Dresden, Sächsischer Landtag

17. Januar 18 Uhr

Polizei und Zivilgesellschaft – ein Gegensatz?

Workshops und Diskussion
Leipzig, Alte Nikolaischule

18. Januar 19 Uhr

Industrielle Tierhaltung als Sargnagel nachhaltiger ländlicher Entwicklung

Diskussion
Zschoppach, Grundschule, Kirchstr. 13

19. Januar 19 Uhr

„Karierte Wolken“ – Freikauf politischer Häftlinge aus der DDR

Lesung mit Matthias Storck und Diskussion
Chemnitz, GRÜNER SALON, Weststr. 40

1. Februar 19 Uhr

Dresden – für Bahnchef Grube nur eine Randlage?

Podiumsdiskussion
Dresden, GRÜNE ECKE, Bischofsplatz 6

8. Februar 19 Uhr

Die Stellplatzablässe in der Sächsischen Bauordnung – Fluch oder Segen in der Stadtentwicklung?

Podiumsdiskussion
Leipzig, Tapetenwerk, Lützner Str. 91

Miro Jennerjahn hat es mit seiner Sprach-Nachhilfe für Nazis zum Youtube-Renner gebracht.

Über 280.000 Klicks verzeichnet die Rede des demokratiepolitischen Sprechers der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag als Reaktion auf den NPD-Antrag „Deutsch statt Denglish“.

In nicht einmal sechs Minuten Redezeit weist der Landtagsabgeordnete nach, dass „das heute gebräuchliche Deutsch ein Sprachenbastard erster Güte“ ist. Unter anderem gebe es Lehnwörter aus dem Englischen, Französischen und Lateinischen, aber auch Ausdrücke sorbischer oder polynesischer Herkunft. Zum Vergleich: das Wahlkampfvideo von Ministerpräsident Stanislaw Tillich wurde bislang nur knapp 6.000-mal angeklickt.

Video auf Youtube: www.youtube.com/watch?v=xAemDwDAZno

Führungswechsel in der Pressestelle

Um Irritationen zum Editorial vorzubeugen: Pressesprecher Andreas Jähnel hat sich bis zum 4. Juni 2012 nach Indien verabschiedet, wo er nach aktuellsten Informationen gerade nach einer Handy-Karte sucht und ihm seine teure Brille abhanden gekommen ist. Nach über sieben Jahren als grünes Sprachrohr im Landtag gönnt er sich eine Auszeit oder auf neudeutsch ein Sabbat-Halbjahr und wird währenddessen von Anne Vetter vertreten.

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie genaue Orts- und Programmangabe unter www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Publikationen



Bestellen

Die Broschüren sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über: publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800
Telefax: 0351/4934809
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Katrin Richter, Grit Ebert

Veranstaltungsrückblick

„Mehr Gewicht für Kinderrechte“

Am 21. November fand in Chemnitz der 3. Kinderrechte-Empfang der GRÜNEN-Landtagsfraktion statt. Ziel ist es, die UN-Kinderrechtskonvention bekannt zu machen, Beispiele für ihre Umsetzung hervorzuheben und unsere parlamentarische Arbeit zu begleiten. Unterstützt wird dieses Anliegen mit einer Ausstellung, die die Preisträger des von der Fraktion gestifteten Kinderrechtspreis „GRIBS – Grundrechte, Information, Beteiligung, Schutz“ – vorstellt. Der Preis wurde 2010 erstmals vergeben.

Gewonnen hatten die 4. Chemnitzer Kinderkonferenz und ihre Organisatorin Tessa Motl. Jetzt



waren wir neugierig, wie es in der Sächsischen Kommune mit einer hauptamtlichen Kinderbeauftragten um die Kinderrechte steht und feierten gemeinsam den Welttag der Kinderrechte. Kinder der Chemnitzer Mittelschule Altendorf stellten auf dem Empfang ihre Sicht auf die Kinderrechte vor, die Kinderbeauftragte Karin Genkel berichtete über ihre Arbeit und die Kinderkonferenzen. Auch der Chemnitzer Jugendamtsleiter Holger Pethke war zu Gast.

Die Sozialpolitikerin Elke Herrmann erläuterte das grüne Gesamtpaket, um „Mehr Gewicht für Kinderrechte“ in Sachsen zu erreichen. Passend zum Motto gab es am Ende eine Tafel Schokolade für alle – Engagement soll eben auch ein Genuss sein.